

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)71

23. Mai 2023

Stellungnahme Prof. Dr. Wolfgang Benz

zu dem Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas
BT-Drucksache 20/6710

Wolfgang Benz

Verfolgung und Widerstand: Jehovas Zeugen

Der Goldfischteich im Berliner Tiergarten war ein Ort des Widerstands gegen das NS-Regime. Dort betrieb Ernst Varduhn, von Beruf Kraftfahrer, eine Stuhlvermietung. Varduhn war in leitender Position bei Jehovas Zeugen engagiert. Sein Gewerbe bot den unverfänglichen Ort als zentralen Treffpunkt, an dem Flugschriften gegen den Nationalsozialismus an Kuriere übergeben wurden. Am 22. August 1936 fand eine Razzia statt. Ernst Varduhn wurde festgenommen, in verschiedenen Gefängnissen und den KZ Columbiahaus und Sachsenhausen drangsaliert, 1937 von einem Sondergericht verurteilt, als Invalide schließlich aus der Haft entlassen.

Bei der Razzia wurde auch Hildegard Seliger verhaftet, als Zeugin Jehovas verurteilt und nach dem Gefängnisaufenthalt ins KZ deportiert. In Ravensbrück wurde sie bis 1945 schikaniert, weil sie sich weigerte, Hitlerreden zu lauschen, das Horst-Wessel-Lied stehend anzuhören oder Uniformen für die Wehrmacht zu nähen.

Jehovas Zeugen waren die einzige religiöse Gemeinschaft, die geschlossen und konsequent aus ihrem Glauben heraus Widerstand gegen den Nationalsozialismus leistete. Die Bibelchristen zählten in Deutschland etwa 25.000 Seelen. Weil sie den Hitlergruß und den Eid auf den „Führer“, den Wehrdienst und jegliche Tätigkeit in der Rüstungsproduktion verweigerten, wurden die Zeugen Jehovas, die sich ursprünglich „Ernste Bibelforscher“ nannten, vom NS-Regime verboten und verfolgt, ab 1933 im Deutschen Reich, später auch in den Gebieten unter deutscher Herrschaft oder deutschem Einfluss. Die Nationalsozialisten diffamierten die unerwünschte Glaubensgemeinschaft (unter Beifall aus den Reihen katholischer Kirchenfürsten und protestantischer Amtskirchen)

als Helfer des Kommunismus und stigmatisierten sie als angeblich jüdische Sekte. Die Diskriminierung überdauerte den Zusammenbruch des Hitlerstaats. In der DDR galten Jehovas Zeugen bald wieder als Feinde, wurden 1950 verboten und ihrer Freiheit beraubt.

Etwa 14.000 Zeugen Jehovas - Männer, Frauen und Kinder -, die sich zu ihrem Glauben bekannten und von ihrer Überzeugung auch unter Druck nicht abwichen, wurden in Hitlerdeutschland verfolgt. Religiöse Aktivitäten und der Verkündigungsdienst waren untersagt, aber nicht zu verhindern. Militärgerichte verurteilten Glaubensbrüder wegen Kriegsdienstverweigerung, Sondergerichte strafte die Bibelforscher, Männer wie Frauen, als Staatsfeinde, wenn sie ihrer religiösen Überzeugung nicht abschworen. Dem diente ein NS-Gesetz gegen „Heimtücke“. Funktionsträger und „Wiederholungstäter“ wies die Gestapo in Konzentrationslager ein.

Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas waren aber nicht nur Opfer. Denn sie leisteten öffentlich als Gemeinschaft und privat als Individuen Widerstand gegen die Ideologie des Nationalsozialismus. 30.000 Protestbriefe aus aller Welt verurteilten 1934 das Hitlerregime. Eine Flugblatt-Aktion erregte 1937 Aufsehen. Zeugen Jehovas solidarisierten sich auch mit anderen Opfergruppen und leisteten Hilfe. Zeugen Jehovas haben ihren jüdischen Nachbarn und Freunden Beistand gewährt, sie haben nicht wie die Mehrheit der Christen weggesehen, sondern verfolgten Juden als Mitmenschen Unterkunft und Nahrung geboten, haben sie versteckt und ihnen bei der Flucht geholfen.

Dagobert Lewin war 19 Jahre alt, als im Frühjahr 1942 seine Eltern deportiert wurden. Dagobert ging in den Untergrund und war als illegal in Berlin lebender Jude auf Hilfe angewiesen.

Nur wenige waren bereit, ihm mehr als eine Nacht Obdach zu gewähren. In der Autowerkstatt des Ehepaares Stoltze, das der Glaubensgemeinschaft Jehovas Zeugen angehörte, wurde er aufgenommen, bekam einen Schlafplatz und drei Mahlzeiten täglich. Drei Monate lang, bis die SS die Werkstatt requirierte. Dann beschäftigte ihn Oskar Klimt, ebenfalls Jehovas Zeuge, längere Zeit. Die Bibelchristen Franz und Emma Gumz versteckten in ihrer Wäscherei die später berühmteste Berliner Jüdin im Untergrund, Inge Deutschkron und deren Mutter.

Wohl als letzte Opfergruppe begehren die Zeugen Jehovas Jahrzehnte nach ihrer Verfolgung ein Denkmal, das an die Leiden und ihren Widerstand erinnert. Im Bezirk Tiergarten soll es errichtet werden, damit die Zugehörigkeit zu den anderen Opfern des Nationalsozialismus betonen, die im Gefolge des Denkmals für die ermordeten Juden Europas dort monumentale Erinnerungszeichen haben, Homosexuelle, Sinti und Roma, Opfer der „Euthanasie“ ...

Das erhoffte Memento entspricht in der Dimension dem bescheidenen Auftreten derer, die es errichten wollen. Auf wenig mehr als einem Quadratmeter öffentlichen Grundes an der Straße des 17. Juni soll sich eine Skulptur viereinhalb Meter hoch erheben. Der Ort ist authentisch, nahe dem Goldfischteich an dem die Bibelchristen Widerstand leisteten. Die Mittel für das Denkmal stehen längst bereit, aber nach jahrelanger quälender Diskussion der politischen Entscheidungselite über den Standort – die einen hielten Marzahn für den richtigen Platz, andere plädieren für die Marginalisierung im dermaleinstigen Dokumentationszentrum deutscher Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg – ist nichts geschehen. Abgesehen davon, dass das Thema nicht an beliebige

Orte passt, wäre es wieder für längere Zeit vom Tisch. So wie es am Ende der vorigen Legislaturperiode von der parlamentarischen Agenda im Bundestag plötzlich verschwand.

Die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas ist bei vielen auch heute noch unbeliebt. In Verfolgung ihrer Glaubensgrundsätze sind Jehovas Zeugen unbeirrbar und auch penetrant. Das gilt aber auch für andere Religionsgemeinschaften. Das Verhalten der Zeugen Jehovas unterschied sich im Unrechtsstaat jedoch sehr deutlich von den beiden großen Amtskirchen und der Mehrheit der Deutschen. Die Verweigerung des Zeichens im öffentlichen Raum als Anerkennung ihrer Haltung im Unrechtsstaat, auch nur die weitere Verzögerung des Erinnerns an die Verfolgung und das tapfere Widerstehen der Zeugen Jehovas wäre nicht nur unverständlich, sondern unwürdig.